

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 31.05.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Steve Kuhlmann

Herr Stephan Richter

Frau Ursula Schineller

Herr Michael Weber

Vertretung für Frau Bauer

bis 20:08 Uhr

SPD

Frau Sylvia Gorsler

Herr Markus Kollmeier

Frau Regine Weißenfeld

Frau Miriam Welz

Vorsitzende

Vertretung für Herrn Fluhme

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne

Herr Joachim Hood

Frau Sarah Labarbe

Frau Ruth Wegner

Vertretung für Herrn Eilmes

FDP

Herr Nick Focke

Die Partei

Herr Christian Loth

Vertretung für Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

bis 19:42 Uhr

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic	Integrationsrat	
Herr Rüdiger Klein	Psychiatriebeirat	ab 17:30 Uhr

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich		
Herr Michael Gugat		
Frau Gordana Kathrin Rammert		bis 19:39 Uhr

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht	Seniorenrat	
---------------------------	-------------	--

Verwaltung

Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5	
Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3	bis 18:55 Uhr
Herr Jakob Bergen	Büro für Sozialplanung	
Herr Wilhelm Berghan	Kommunales Integrationszentrum	zu TOP 12
Herr Dirk Cremer	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittel- überwachungsamt	zu TOP 8
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittel- überwachungsamt	bis 19:12 Uhr
Herr Peter Hiltawsky	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	
Frau Pauline Junker	Kommunales Integrationszentrum	zu TOP 12
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	
Herr Jörg Leesemann	Stab Dezernat 5	
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	
Herr Simon Löwenstein	Fraktionsreferent CDU-Fraktion	
Frau Elke Riemann	Stab Dezernat 3	bis 19:12 Uhr
Frau Claudia Schoof	Büro für Sozialplanung	Öffentlicher Teil
Frau Nina Vogel	Büro für Sozialplanung	Öffentlicher Teil

Gäste

Herr Dr. Aubke	Seniorenrat	
Herr Jan-Gert Hein	Drogenberatung e.V. Bielefeld	
Frau Kirsten Hopster	AWO Kreisverband Bielefeld e.V.	
Herr Ulrich Paus	AG Wohlfahrtsverbände	
Herr Klaus Siegeroth	REGE mbH	
Herr von der Osten	Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe	

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt	
------------------------	--	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 27. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie teilt zur Tagesordnung mit, dass der TOP 5 „Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie – Leitfaden“ von der Verwaltung zurückgezogen werde, da noch Beratungsbedarf hinsichtlich des ablehnenden Beschlusses der BV Heepen bestehe.

Zu TOP 11 „Stadtteilkoordinationskasse: Projekte der Stadtteilkoordinations Jöllenbeck, Mitte-Nord und Brackwede und Ergebnisse der Dialogischen Gespräche aus 2022 und Weiterführung der Projektmittel ab 2023“ gebe es einen Antrag der AfD-Ratsgruppe (Drucks.-Nr. 6272/2020-2025).

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 25. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.04.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.04.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses als Sondersitzung am 11.05.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über die 26. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses als Sondersitzung am 11.05.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Verteilung der Mittel aus dem Sparkassen- und Girofonds 2023**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt -.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Umbenennung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540- in Büro für Sozialplanung -540-**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Wertschätzungstour und Pflegegipfel am 12.05.2023**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Projekt „KI für ein gutes Altern“**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt -.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 **Aktueller Sachstand zum "Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut"**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die in der Sitzung zur Verfügung gestellte Mitteilung des Dezernates 5.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Beratung zur Wohnraumanpassung – Anfrage der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 22.05.2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6221/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Ergebnisse des Bielefelder Pflegegipfels - Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.05.2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6258/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Dialog der Verwaltung mit Pflegediensten - Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.05.2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6259/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie – Leitfaden - zurückgezogen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4675/2020-2025

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung **zurückgezogen**.

-.-.-

Zu Punkt 6

Informationen aus der kommunalen Gesundheitskonferenz am 26.04.2023

Vorsitzende Frau Gorsler berichtet aus der Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz am 26.04.2023. Unter anderem sei beschlossen worden, die Sitzungen der Kommunalen Gesundheitskonferenz künftig öffentlich durchzuführen. Beigeordneter Herr Adamski bestätigt das gestiegene Interesse der Öffentlichkeit an Gesundheitsthemen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Digitalisierung im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6044/2020-2025

Frau Harmsen verweist auf die Vorlage und auf die parallel im Digitalisierungsausschuss vorgestellte Präsentation. Sie könne auf Wunsch auch dem Sozial- und Gesundheitsausschuss mit aktuellen Informationen zum Antragsverfahren zur Kenntnis gebracht werden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 8

Hausärztliche- und kinderärztliche Versorgung in Bielefeld

Zu Punkt 8.1

Hausärztliche- und kinderärztliche Versorgung in Bielefeld - Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung zur aktuellen Situation

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn von der Osten von der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) als Berichterstatter.

Anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist, stellt Herr von der Osten Entwicklung und aktuelle Situation der hausärztlichen- und kinderärztlichen Versorgung in Bielefeld vor.

Die Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung basiere auf vier Säulen, die Herr von der Osten kurz für Bielefeld vorstellt. Seit 2013 umfasse das Versorgungsgebiet für die hausärztliche Versorgung nicht nur das Stadtgebiet von Bielefeld, sondern auch angrenzende Gemeinden in den Kreisen Gütersloh und Lippe. Bei der allgemeinen fachärztlichen Versorgung, zu der auch die Kinderärzte*innen zählten, werde Bielefeld als „Kreistyp 1“ klassifiziert, bei dem eine teilweise Versorgung des Umlandes angenommen werde. Daher bedeuteten hier die gleichen Verhältniszahlen eine höhere Arztdichte als bei anderen Klassifizierungstypen.

Herr von der Osten erläutert die Entwicklung der Hausarztversorgung seit 2013, die aktuelle Altersstruktur und Verteilung nach Stadtbezirken. Es gebe einen enormen Nachwuchsbedarf, um die aktuell noch gute Versorgung zu erhalten. Dabei spielten die künftigen Praxisstrukturen eine wichtige Rolle, da bei den Nachwuchskräften mehr kooperative Versorgungsformen gefragt seien als klassische Einzelpraxen. Der Trend gehe zur BAG (Berufsausübungsgemeinschaft, früher als Gemeinschaftspraxis bezeichnet) und zum MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum).

Die Patienten*innenströme ließen die deutlich geringere Hausarztichte im Kreis Herford erkennen. Dort machten sich erfreulicherweise allmählich die Bemühungen um Praxisnachfolger*innen bemerkbar, aber bis zu einem mit Bielefeld vergleichbaren Versorgungsgrad werde es noch Zeit brauchen.

Einem drohenden Einbruch der Versorgung in den südlichen Stadtgebieten von Bielefeld konnte durch Förderungen der KVWL entgegengewirkt werden. Insgesamt befinde sich Bielefeld in einer noch guten Lage. Die Versorgungssituation ringsum in OWL sei deutlich schwieriger.

Bei der kinderärztlichen Versorgung gebe es im Gebiet der KVWL bis auf wenige Randbereiche flächendeckende Zulassungsbeschränkungen. Herr von der Osten merkt dazu an, dass dies nicht heiße, dass in der Versorgungswirklichkeit der Versorgungsdruck in den Praxen nicht sehr hoch sei. Er nennt einige Faktoren, die zu diesem Versorgungsdruck beitragen: Nachwuchsmangel, Medikamentenknappheit, geändertes Inanspruchnahme-Verhalten, Verunsicherung von Eltern.

Die Verteilung der Kinderärzte*innen in Bielefeld sei relativ ausgewogen mit weniger Angeboten in Mitte und einem Schwerpunkt in Heepen. Auch hier gebe es viele kooperative Versorgungsstrukturen.

Herr von Osten erläutert die nach der Corona-Pandemie wieder zunehmende Inanspruchnahme der Notfallpraxen.

Als Fazit fasst er zusammen, dass der Ersatz für ausscheidende Ärzte*innen künftig die vordringliche Aufgabe sein werde und dass alle Akteure im Gesundheitswesen nach diesen knappen Ressourcen, zu denen ebenfalls die medizinischen Fachangestellten zu zählen seien, suchten.

Zu Beginn der sich anschließenden Diskussion gibt Frau Rammert (Einzelvertreterin Bürgernähe) zu bedenken, ob nach Bielefeld einpendelnde Patienten*innen überwiegend die Fachversorgung durch spezialisierte Kinderärzte*innen suchten, während die auspendelnden Patienten*innen mehrheitlich eine Basisversorgung in Anspruch nähmen. Herr von der Osten gibt an, dass er diese These für gut halte und sie daher überprüfen wolle.

Frau Rammert meint weiter, sie halte die dargestellten Planzahlen für nicht mehr zeitgemäß und den zugrundeliegenden Fahrweg von bis zu 30 km mit einem erkrankten Kind für unzumutbar.

Frau Beier (Fraktion Die Linke) fragt, was die Stadt Bielefeld als Kommune tun könne und wie viele Hausärzte*innen sich in den nächsten zwei Jahren niederlassen könnten. Sie möchte wissen, warum die Planungen

der KVWL ein so großes Versorgungsgebiet umfassen.

Herr Kuhlmann (CDU-Fraktion) hält fest, dass die MVZ zu einer guten Versorgung beitragen und daher weiter unterstützt werden sollten. Er fragt nach weitergehenden Zahlen wie z. B. dem zeitlichen Aufwand pro Kind, die u.U. andere Schlüssel bei der Versorgungsplanung notwendig machten. Auch er bittet um Ratschläge für die Kommune, evtl. auch zur interkommunalen Zusammenarbeit. Schließlich möchte er wissen, wie der kinderärztliche Notdienst im Kreis Gütersloh gesichert wird.

Hierzu antwortet Herr von der Osten, dass es im Gütersloher Krankenhaus keine Pädiatrie mehr gebe, so dass dort die Ansiedlung einer pädiatrischen Notfallpraxis nicht günstig wäre. Zudem benötigten mehr Standorte mehr Personal, während die Anzahl der diensttuenden Kinderärzte*innen konstant bliebe. Dies führe zu einer höheren Dienstbelastung. Aus diesen Gründen sehe die KVWL keine Veranlassung, in Gütersloh wieder eine pädiatrische Notfallpraxis anzusiedeln.

Herr von der Osten bestätigt, dass es für die Eltern eine unbefriedigende Situation sei, keine/-n Kinderärztin/-arzt in der Nähe zu finden. Die Situation sei von Knappheit gekennzeichnet, so dass allein die Erhöhung der Zulassungszahlen zu einem Verteilungsproblem führen würde, denn neue Kinderärzte*innen in Bielefeld kämen dann mutmaßlich aus unattraktiveren Gebieten, in denen damit die Versorgung (noch) schwieriger werde. Die Knappheit rühre u.a. auch daher, dass die Arbeitszeitmodelle sich immer mehr in Richtung eines festen Stundeneinsatzes und nicht am nachgefragten Bedarf orientierten. Die KVWL überprüfe die Einhaltung der Versorgungsaufträge u.a. an den abgerechneten Leistungen. Dabei stelle sie bei Kinderärzten*innen in der Regel keine Auffälligkeiten fest. Solange die Akutfälle versorgt werden könnten und die U-Untersuchungen stattfänden, sei der Versorgungsdruck handhabbar. Es müsse gelingen, das aus den Praxen herauszuhalten, was nicht dorthin gehöre. Kinderärzte*innen würden zu häufig zu Beratungsinstanzen in Erziehungs- und Entwicklungsfragen gemacht. Die KVWL habe dazu mit einem Modellprojekt in Dortmund gute Erfahrungen gemacht, bei dem Sozialberater*innen in den Kinderarztpraxen zur Verfügung standen. Auf die bundesweit angespannte Versorgungssituation habe das zuständige Ministerium reagiert, indem die Budgetierung für Kinderärzte*innen aufgehoben werden solle.

Auf Frau Beiers Frage antwortet Herr von der Osten, dass mindestens 30 Hausarztsitze in Bielefeld frei seien, die besetzt werden könnten, bevor es zu einer Überversorgung käme – allerdings sei dies eine hypothetische Annahme. Denn es ginge nicht um eine Verbesserung der Versorgungssituation, sondern um den Erhalt der jetzigen. Allein diejenigen zu ersetzen, die aktuell einen Hausarztsitz innehätten und demnächst ausgeschieden, sei eine große Herausforderung. Für diese Problematik hätten die Größe und der Zuschnitt des beplanten Versorgungsgebietes keine Relevanz. Wenn die Verteilung innerhalb dieses Gebietes problematisch würde, greife die KVWL ein, so wie sie das in Senne und Sennestadt getan habe. Die Handlungsmöglichkeiten von Kommunen seien begrenzt. Probleme bei der Ansiedlung von neuen Ärzten*innen machten deren Mobilität und die Bereitstellung von geeigneten Praxisräumen, die z.B. die Anforderungen barrierefrei, modular, modern und für kooperative Versorgungsmodelle geeignet erfüllten.

Beigeordneter Herr Adamski weist darauf hin, dass eine Versorgungslücke wie in Herford in Bielefeld in 5 Jahren zu erwarten sei und daher jetzt Gegenmaßnahmen eingeleitet würden. Zusammen mit der KVWL würden Modelle entwickelt, wie sie auch der Antrag des Seniorenrates beinhalte. Das entsprechende Konzept zur Entwicklung von soft Skills für Bielefeld werde nach der Sommerpause vorgelegt. Das Oberzentrum Bielefeld sei ein attraktiver Standort und die medizinische Fakultät lasse erwarten, dass Absolventen*innen sich hier niederlassen würden.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) meint, dass sich seit der letzten Diskussion vor einigen Jahren nicht viel geändert habe. Die erfahrene Realität sehe anders aus als die vorgestellten Zahlen. Möglicherweise müsse künftig mit weniger Patienten*innen pro Praxis gerechnet werden. Er teile die Ansicht, dass die Ansiedlung von MVZ vorangetrieben werden solle. Hierbei habe er die Erfahrung gemacht, dass auch die Nachbarschaft oft blockiere.

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) fragt nach der Presseberichterstattung über eine verhinderte Einstellung eines Kinderarztes in Teilzeit. Sie berichtet von Arztpraxen, die freitags geschlossen blieben.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/die Grünen) hält die Kinderarztsituation trotz der rechnerisch auskömmlichen Zahlen für angespannt. Er verstehe nicht, wieso es weiter eine Zulassungssperre gebe, obwohl absehbar Kinderärzte*innen in den Ruhestand treten würden. Er fragt, welche Strukturen angepasst werden müssten, um kooperative Versorgungsmodelle wie MVZ zu fördern und ob auch für Bielefeld finanzielle Förderungen möglich seien.

Herr Weber (CDU-Fraktion) erinnert daran, dass Teile der Politik bereits vor sechs Jahren einen sogenannten „Kümmerer“ und eine Ansiedlungsförderung wie in Herford von der Verwaltung gefordert hätten. Er fordert die Verwaltung dringend auf, sich dieses Themas - auch personell - anzunehmen. Er stimmt seinen Vorredner*innen zu, dass die Wahrnehmung einer unzureichenden Versorgungssituation nicht subjektiv sei, sondern der Realität entspreche.

Herr von der Osten erklärt, was ein/-e Vertragsarzt/-ärztin leisten müsse: der Versorgungsauftrag umfasse ein Versorgungsangebot und damit eine Präsenzpflcht für die ganze Woche, sogar, wenn nur ein Teilversorgungsauftrag übernommen werde. Die zunehmend normierten und quantifizierten Verpflichtungen seien aber keine Antwort auf die Frage, wie Ärzte*innen arbeiten wollten, was sich wie in der gesamten Gesellschaft verändere.

Die hausärztliche Versorgung werde über das Förderverzeichnis und nicht mehr über die Bedarfsplanung gesteuert. Daher sei hier die Dringlichkeit entscheidend. Der von Frau Weißenfeld angeführte Zulassungsfall eines angestellten Kinderarztes sei gelöst worden. Der Zulassungsausschuss könne eine Sonderbedarfzulassung erteilen.

Die KVWL berate und unterstütze, wenn ein Zulassungssitz z. B. aus Altersgründen nicht mehr voll ausgefüllt werden könne und eine Praxis durch einen Jobsharer verstärkt werden oder eine Sitzteilung vorgenommen werden solle.

Auf die Nachfrage der Vorsitzenden Frau Gorsler berichtet Herr von der

Osten über die konkrete Ausgestaltung des Hausarztprogrammes im Kreis Herford ([Hausarztprogramm Kreis Herford | KVWL](#), [hausarzttherford / Kreis Herford \(kreis-herford.de\)](#)). Die KVWL habe für 12 Monate die Finanzierung der Bruttomonatsgehälter von 7.500 Euro übernommen, der Kreis Herford habe die Arbeitnehmerkosten der Praxen finanziert.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/die Grünen) regt an, das angekündigte Konzept zusammen mit den ansässigen Haus- und Kinderärzten*innen zu entwickeln und deren Expertise zu nutzen.

Herr Copertino (CDU-Fraktion) wünscht sich eine Stundenerfassung in den Praxen, um valide Zahlen zu erhalten. Seine Fraktion freue sich auf den Verwaltungsvorschlag nach der Sommerpause. Die Thematik werde aktuell parteiübergreifend diskutiert. Der vorliegende Antrag sei schon 2019 fast wortgleich gestellt, damals jedoch abgelehnt worden. Als weiteres Erfolgsmodell verweist er auf den Kreis Soest, wo es einen sogenannten Arztlotsen gebe. Laut Herrn von der Osten kümmere sich Herr Marcel Frischkorn bei der Wirtschaftsförderung des Kreises Soest vor Ort um den Vermittlungsprozess von abzugebenden Praxen ([Hausärztliche Versorgung in Lippstadt gestärkt: Kreis Soest \(kreis-soest.de\)](#)). Herr von der Osten weist darauf hin, dass die Versorgungsaufträge in der Bedarfsplanung mit Vollzeitäquivalenten berechnet würden.

Frau Beier (Fraktion Die Linke) regt an, in das Konzept auch Beratungsmöglichkeiten in den Arztpraxen zur Entlastung der Kinderärzte*innen aufzunehmen. Sie fragt, wie lange ein Arzt/ eine Ärztin praktizieren könne und ob bzw. mit wie langem Vorlauf eine Praxisaufgabe mitgeteilt werden müsse. Herr von der Osten antwortet, dass es keine Altersgrenze mehr gebe. Zulassungsrechtlich sollte die Rückgabe einer Zulassung zwei Quartale vorher dem Zulassungsausschuss bekannt gemacht werden, tatsächlich passierten Praxiserschließungen oftmals unfreiwillig und kurzfristiger, oft aus gesundheitlichen Gründen. Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache und bedankt sich bei Herrn von der Osten.

-.-.-

Zu Punkt 8.2

Konzept Hausärztliche Versorgung (Beschluss des Seniorenrates vom 19.04.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5919/2020-2025/1

Vorsitzende Frau Gorsler erteilt Herr Dr. Aubke das Wort, um den Antrag des Seniorenrates vorzustellen.

Herr Dr. Aubke stellt voran, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Hausärzten*innen 55 Stunden betrage. Dieses Pensum verringere sich durch

- die zunehmende Verweiblichung der Medizin, die aufgrund der familiären Doppelbelastung zu verringerten Arbeitszeiten führe,
- ein verändertes Verständnis von work-life-balance der Nachwuchskräfte,
- einen zunehmenden Versorgungsbedarf aufgrund der größeren Krankheitslast der Bevölkerung.

Die Kommune sei für die Daseinsvorsorge zuständig und daher verantwortlich über die Möglichkeiten der KVWL hinaus.

Er wollte dem Eindruck entgegentreten, dass die Situation so schlimm nicht sei und den Blick vom Makro- auf den Mikrokosmos lenken. In mindestens vier Stadtteilen sei die Altersstruktur über 60 Jahre ungünstiger als im Durchschnitt.

Vorsitzende Frau Gorsler bemerkt, dass sich über das Ziel, mehr Ärzte*innen in Bielefeld anzusiedeln und zu halten, alle Beteiligten einig seien. Sie fragt, ob über den Antrag des Seniorenrates nach der Sommerpause zusammen mit dem dann vorgestellten Konzept beraten werden könne. Hierauf antwortet Herr Dr. Aubke, dass er durch eine positive Beschlussfassung zum Antrag sicherstellen wolle, dass in das Konzept auch die Inhalte seiner Antragsbegründung aufgenommen würden. Zum einen rege er dringend die Kontaktaufnahme mit dem MVZ Medicum Brake an. Es sei seiner Ansicht nach ein gutes Beispiel für die Entlastung der Ärzte*innen von Bürokratie. Zum anderen bitte er um eine ideologiefreie Betrachtung von finanziellen Zuwendungen, die in vielen umliegenden Kommunen praktiziert würden.

Frau Beier (Fraktion Die Linke) schlägt für den Fall einer Abstimmung einen abweichenden Beschlusstext vor:

„Auf Empfehlung des Seniorenrates bittet der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Verwaltung, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung zu erarbeiten und dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorzulegen.“

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) beantragt die 1. Lesung des Antrages. Er spricht über das Für und Wider von finanziellen Zuwendungen und verweist auf das Protokoll der Ratssitzung aus April 2018, in der das Thema beraten worden sei. Die grundsätzliche Idee eines „Kümmerers“ und einer Willkommenskultur solle aufgegriffen werden.

Beigeordneter Herr Adamski stellt in Aussicht, dass sich viele der aufgeführten Instrumente in der tool-box wiederfinden, die mit dem Konzept der Verwaltung erarbeitet worden sei und vorgestellt werde. Mit dem abweichenden Beschlussvorschlag könne er gut weiterarbeiten. Der erste Impuls sei schon 2017 durch den Seniorenrat gegeben worden.

Herr Dr. Sander (AfD-Ratsgruppe) hält den Beschlussvorschlag von Frau Beier für zu vage. Er erkenne bei einer Zustimmung zum Antrag des Seniorenrates keine Probleme für die spätere Vorlage der Verwaltung.

Hierzu antwortet Beigeordneter Herr Adamski, dass eine offensive Marketingstrategie nur ein Teilaspekt sei und dass konkrete Maßnahmen noch erarbeitet würden, dem solle nicht vorgegriffen werden.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) zieht den Antrag auf 1. Lesung zurück.

Herr Dr. Aubke erläutert, dass er mit dem abweichenden Beschlusstext von Frau Beier keine Probleme habe, da es ihm um die in der Begründung stehenden Maßnahmen gehe. Er lasse den Antrag des Seniorenrates in den Änderungsantrag von Frau Beier einfließen.

Sodann fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

abweichenden Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates bittet der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Verwaltung, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung zu erarbeiten und dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorzulegen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Diamorphin-Praxis – Prüfung eines kommunal verantworteten und gestalteten Konzepts

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6164/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Herrn Hein von der Drogenberatung e.V. Bielefeld.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die Informationsvorlage, die die Unsicherheiten und Risiken aufzeige.

Die Hauptfragen seien:

- Könne der Personalbedarf gedeckt werden?
- Wie stellten sich die Investitionskosten und die laufenden Kosten dar?
- Wie würden die Chancen auf Refinanzierung eingeschätzt, die bei ca. 60 Patienten*innen erreicht werde?
- Was mache der potentiell andere Anbieter?
- Wie ändere sich der Rahmen durch den Erlass des MAGS?

Die Planungen für das Gebäude ließen auch eine andere Nutzung als eine Diamorphin-Praxis zu. Auf dieser umfassenden Beratungsgrundlage sollte weiter diskutiert und Entscheidungen getroffen werden.

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) sagt, dass die Risiken und der notwendige Mitteleinsatz bekannt seien und fragt, ob es noch einen Beschluss der Politik brauche, damit und wie es weitergehen könne. Dem schließt sich Herr Copertino (CDU-Fraktion) an und stellt die Erarbeitung eines entsprechenden Beschlusses vor der Sommerpause in Aussicht.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass der Impuls und die letzte Entscheidung dieser hochpolitischen Frage zu einer kommunal verantworteten Diamorphin-Praxis aus dem politischen Raum kommen solle, denn von jetzt an entstünden bei der Weiterverfolgung des Projektes Kosten, z. B. für Grundstück, Planung und Genehmigungen.

Herr Focke (FDP-Fraktion) verweist auf die essentiellen Risiken und stellt für die FDP-Fraktion die Frage, ob eine kommunal verantwortete Diamorphin-Praxis der richtige Weg sei. Seine Fraktion bevorzuge stattdessen, das private Angebot in das kommunale Suchhilfesystem einzubinden und werde bis zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag erarbeiten.

Herr Copertino (CDU-Fraktion) bekräftigt, dass seine Fraktion trotz der aufgezeigten Risiken bei der Zustimmung zu einer kommunal verantworteten Diamorphin-Praxis bleibe. Er schlägt vor, dass die Fraktionsgeschäftsführer nach der Sitzung zusammentreten, um einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten, der dann in einer Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vor der Ratssitzung am 15.06.2023 beraten und beschlossen werden solle, damit dann in der Ratssitzung vor der Sommerpause ein entsprechender Beschluss gefasst werden könne.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) führt aus, da es um viel Geld gehe, könne er den Wunsch nach einem politischen Beschluss verstehen. Fachlich spreche viel für den eingeschlagenen Weg und deshalb würde sich seine Partei einem gemeinsamen Antrag anschließen wollen.

Herr Focke (FDP-Fraktion) verweist auf die Möglichkeit der oralen Verabreichung von Diamorphin, die sich auch auf die betriebswirtschaftliche Kalkulation auswirken würde.

Herr Klein berichtet von der Beratung des Themas im Psychiatriebeirat am 10.05.2023. Bezüglich der Risiken habe es ein uneinheitliches Stimmungsbild gegeben, so dass man sich auf den folgenden Wortlaut geeinigt habe: *„Der Psychiatriebeirat nimmt den aktuellen Stand zur Kenntnis. Der Psychiatriebeirat befürwortet ein regionales Versorgungskonzept für die Versorgung von Menschen mit Diamorphin, das eingebunden ist in die regionalen Versorgungsstrukturen in enger Anbindung an die vorhandenen Träger.“*

Herr Dr. Sander (AfD-Ratsgruppe) meint, die kriminalpolitischen Risiken würden nicht diskutiert. Die AfD-Ratsgruppe lehne beide Varianten einer Diamorphin-Praxis ab.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt das geplante Angebot namens seiner Fraktion. Die fachlichen Fragen zur Form der Vergabe sowie der Entwicklung und Wirkung der Substitution stünden für ihn im Vordergrund, entscheidend sei die Gesundheitsverbesserung. Auch wenn es viel Geld erfordere und der künftige Erfolg nicht mit Sicherheit vorhergesehen werden könne, läge der Charme des Angebotes durch die Drogenberatung e.V. Bielefeld in der Einbindung in das örtliche Suchthilfesystem. Daher hätten sich die Ratsfraktionen der Koalition und der CDU darauf verständigt, in einer Sondersitzung die notwendigen politischen Beschlüsse zu fassen und der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Vorsitzende Frau Gorsler betont, dass die erfolgte Risikoabwägung zur Planung einer möglichen Mehrfachnutzung des Gebäudes geführt hätte. Sie kündigt für die Beratung des noch zu erarbeitenden interfraktionellen Antrags die Sondersitzung gemeinsam mit dem Finanz- und Personalausschuss am 15.06.2023 vor der Ratssitzung an.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 10

Lebenslagenbericht 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5866/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Herrn Bergen. Anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) erläutert Erster Beigeordneter Herr Nürnberger die Motive und Ziele des Lebenslagenberichtes. Unter Berücksichtigung des Schwerpunktthemas des Berichtes, der Auswirkungen von Krisen, sei ihm folgender Hinweis wichtig: Die Corona-Maßnahmen hätten zu negativen Folgen geführt, trotzdem sei der Lebenslagenbericht keine Abrechnung mit diesen Maßnahmen, sondern die Betrachtung der Folgen und die Suche nach Lösungsansätzen für den Umgang damit. Zum Zeitpunkt, an dem die Corona-Maßnahmen getroffen worden seien, wären sie entschieden worden, um Leben zu retten und hier falle die deutsche Bilanz besser aus als in anderen europäischen Ländern.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Kernaussagen:

- Bei Kindern fehlten häufig die sogenannten Vorläuferfähigkeiten. Die Maßnahmen während Corona hätten zur psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen beigetragen.
- In Bielefeld sei der traditionell hohe Anteil der häuslichen pflegerischen Versorgung durch Angehörigen noch einmal deutlich gestiegen.
- Der Bezug von Grundsicherung im Alter steige weiter an und viele Kinder seien ein Armutsrisiko.
- Die Selbsthilfe im Suchtbereich müsse - teilweise mit neuen Formen – wiederaufgebaut werden.
- Die Digitalisierung habe unterschiedliche Auswirkungen.
- Das bürgerschaftliche Engagement sei zurückgegangen.

Herr Bergen schließt sich mit der Vorstellung einiger empirischer Daten an. Er verweist auf die qualitativen Aussagen des Berichts, die sich vor allem aus den verschiedenen Fachinputs in Form von Interviews ergäben. Neben Corona gebe es weitere Krisen, deren Folgen der Bericht durchleuchte, wie z.B. den Krieg in der Ukraine, die Energiepreissteigerung.

Bei der Betrachtung des SGB II-Bezugs sei erkennbar, dass weniger als ein Drittel der SGB II-Regelleistungsberechtigten erwerbsfähige arbeitslose Menschen seien. Erstmals stelle der Lebenslagenbericht den Zusammenhang zwischen SGB II-Bezug und der Anzahl der Kinder im Haushalt dar. Die Altersarmut steige. Wer erst einmal im Alter arm sei, bleibe es in aller Regel auch. Anhand der Daten und Auswertungen sollten nun maßgeschneiderte Maßnahmen entwickelt werden. So seien aus dem letzten Bericht zum Thema „Alleinerziehende“ das Beratungsangebot im Grünen Würfel und im Internet entstanden. Um zielgenaue Lösungen zu finden ermöglichten die Kennzahlenprofile der Stadtbezirke räumlich und zielgruppenscharfe Einblicke. Abschließend erläutert Erster Beigeordneter Herr Nürnberger das weitere Vorgehen.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) hält den Lebenslagenbericht für den wichtigsten Bericht. Er regt an, auch das Spektrum der Menschen zu beleuchten, die viel bis sehr viel Geld hätten. Er wünsche sich mehr Kontak-

te und Austausch zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Auch für Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) ist der Lebenslagenbericht eine wichtige und gute Grundlage. Für die Arbeit damit seien Auswertungen mit räumlichem Bezug hilfreich, allerdings könne die Kehrseite eine Stigmatisierung von Quartieren und Stadtbezirken bedeuten.

Frau Beier (Fraktion Die Linke) lobt, dass der Bericht die Bedeutung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten als sorgende Gemeinschaften würdige.

Herr Copertino (CDU-Fraktion) bemängelt, dass der Lebenslagenbericht erst nach der Vorstellung in der Presse in die politischen Gremien eingebracht worden sei. Seiner Ansicht nach zeigten die Zahlen, dass die bisherigen Maßnahmen nicht unbedingt gewirkt hätten und tiefgreifende, wirkungsvollere Maßnahmen notwendig seien.

Herr Kollmeier (SPD-Fraktion) betont, dass der Bericht zeige, wie viel noch zu tun sei. Er ist der Meinung, dass der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit auch auf die politisch beschlossenen Maßnahmen zurückzuführen sei.

Frau Adilovic weist auf die wohnliche Segregation und die prekären Arbeitsverhältnisse als Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung in den Stadtbezirken hin. Die Beschäftigung mit den Hintergründen sei notwendig, um zu erkennen, was verändert werden könne, aber auch der Wille zu Veränderungen. Dahingehend werde der Integrationsrat den Bericht beraten.

Herr Klein schließt sich dem Dank für die ausführliche Berichterstattung an und lobt die enthaltenen Fachinformationen. Dieser Standard solle weitergeführt werden.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erwidert auf die Anregung von Herrn Gugat, dass es keine lokalen Daten für Bielefeld über Wohlstand bzw. Reichtum gebe. Er halte das Thema „Zusammenleben von Arm und Reich und von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung“ für sehr wichtig. Ihm sei klar, dass die zielgruppen- bzw. quartiersorientierte Ausrichtung bestimmte Spaltungen nicht bearbeiten könne. Er dankt für den Hinweis und möchte die Anregung in die weitere Diskussion und Verarbeitung des Lebenslagenberichtes aufnehmen.

Herr Bergen weist darauf hin, dass der Lebenslagenbericht ein Gemeinschaftswerk vieler Beteiligter aus Verwaltung und Trägerlandschaft sei und möchte den Dank für sie mitnehmen. Der Lebenslagenbericht betrachte einen Ausschnitt. Daneben ihm gebe es noch viele weitere wie z.B. den Lernreport, die Gesundheitsberichterstattung oder Berichte zum Thema Bauen.

Frau Gorsler schließt die Aussprache und dankt für den Bericht.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-:-:-

Zu Punkt 11

Stadtteilkoordinationskasse: Projekte der Stadtteilkoordinati- onen Jöllnbeck, Mitte-Nord und Brackwede und Ergebnisse der Dialogischen Gespräche aus 2022 und Weiterführung der Projektmittel ab in 2023 -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6105/2020-2025, 6272/2020-2025

Zur Bezeichnung des Tagesordnungspunktes stellt Vorsitzende Frau Gorsler klar, dass das Wort „ab“ gestrichen und durch das Wort „in“ ersetzt werden müsse. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger schlägt vor, unter Rücksichtnahme auf die noch ausstehenden Haushaltsberatungen auch im Beschlussvorschlag das Wort „ab“ zu streichen und durch das Wort „in“ zu ersetzen.

Vorsitzende Frau Gorsler lässt ohne Aussprache über den vorliegenden Antrag der AfD-Ratsgruppe abstimmen.

Text des Antrags der AfD-Ratsgruppe (Drucksache 6272)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der Beschlussvorlage (Drs. 6105/2020-2025) wird erweitert um einen dritten Abschnitt mit folgendem Inhalt:

„3. Die Stadtteilkoordination soll im Rahmen einer ständigen, sich begleitend vollziehenden konzeptionellen Weiterentwicklung auf Migrations- und Integrationsberatung mit dem besonderen Schwerpunkt der Islamismus-Prävention fokussiert werden. Ziel dieser Präventionsarbeit ist es, religiös-ideologischen Integrationshindernissen, die archaischen kulturellen Denkmustern entspringen, dauerhaft und langfristig entgegenzuwirken.“

Der Antrag der AfD-Ratsgruppe wird einstimmig abgelehnt.

Unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderung fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden **abweichenden Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

- 1. Die Stadtteilkoordinationskasse wird fortgeführt. Die Stadtteilkoordinationen Brackwede, Jöllnbeck (Oberlohmannshof) und Mitte-Nord erhalten in 2023 jeweils eine Summe von 10.000 € pro Vollzeitstelle pro Jahr für die Umsetzung von Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung in den Quartieren. Die Finanzierung der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 25.000 € pro Jahr erfolgt aus bereits für 2023 veranschlagten Haushaltsmitteln des Büros für Sozialplanung (540).**
- 2. Das Büro für Sozialplanung berichtet regelmäßig über die durchgeführten Projekte.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Umfragestudie Integrationsmonitoring im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6189/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Herrn Berghan. Die Anwesenden haben keine Nachfragen zur Informationsvorlage.

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die geplante Umfrage. Sie verleiht ihren Bedenken Ausdruck, dass der Rücklauf der Umfrage u.U. so gering sei, dass eine valide Auswertung an manchen Stellen schwierig sein könne. Über die Ergebnisse werde der Sozial- und Gesundheitsausschuss voraussichtlich im Herbst informiert.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 13

Weitere Verwendung des Integrationsbudgets

Zu Punkt 13.1

Ergänzende alltagsintegrierte Sprachförderung in Bielefelder Kindertagesstätten – „Kleine Sprachfuchse“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6115/2020-2025

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Das im Rahmen des Corona Aktionsplanes entwickelte Sprachförderprojekt „Kleine Sprachfuchse“ (Maßnahme 540 – 3) soll ausgebaut und über das Jahr 2023 hinaus bis 2025 weitergeführt werden. Dafür werden ergänzend zu den in der mittelfristigen Finanzplanung des Haushalts von 540 für 2023 eingestellten Mittel von 45.000 € weitere Mittel aus dem Integrationsbudget zur Verfügung gestellt: 2023 in Höhe von 22.500 €; 2024 sowie 2025 in Höhe von 45.000 € (siehe auch Beschlussvorlage zum Integrationsbudget Drks.-Nr. 6116/2020-2025).
2. Der zwischen Universität Bielefeld, der Martini-Stiftung und der Stadt Bielefeld bis zum 30.11.2023 abgeschlossene Kooperationsvertrag soll dementsprechend bis Ende 2025 verlängert werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13.2 weitere Verwendung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6116/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet zur Maßnahme Nr. 20: vom Auftrag des Integrationsrates an die Verwaltung: sie solle prüfen, wie die vorhandenen Beratungsangebote der Kammern für Existenzgründer*innen mit nicht-deutscher Herkunftssprache besser bekannt gemacht werden könnten. Hierfür sollten die Mittel weiter reserviert bleiben, auch wenn sie voraussichtlich nicht vollumfänglich benötigt würden.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

Aus den bisher nicht verausgabten Mitteln des Integrationsbudgets werden die in der Anlage dargestellten Maßnahmen und Angebote finanziert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Sicherstellung von pflegeergänzenden Strukturen im Bielefelder Modell

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6119/2020-2025

Herr Weber (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass für die nächtliche Versorgung noch keine Lösung gefunden sei. Dies müsse zeitnah geschehen, denn das sei der Dreh- und Angelpunkt des gesamten Konzeptes.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf die Probleme mit den Festlegungen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025. Frau Weißfeld (SPD-Fraktion) ergänzt, dass die Beschlüsse einerseits bald gefasst werden müssten, um der Trägern Sicherheit zu geben, dass aber andererseits noch keine Beratungen hinsichtlich der künftigen Haushaltsmittel hätten erfolgen können. Sie schlägt die Beschlussfassung in der Sondersitzung am 15.06. vor, so dass bis dahin die intrafraktionellen Beratungen stattfinden könnten. Dieser Vorgehensweise stimmen auch Herr Copertino (CDU-Fraktion) und Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zu.

Auf die Frage von Herrn Nürnberger, ob es helfen würde, wenn jetzt die Finanzierung für das Jahr 2023 beschlossen würde, erteilt Frau Gorsler Frau Hopster als Vertreterin der beteiligten Träger das Wort. Sie verweist auf die Signalwirkung eines Beschlusses und bittet darum, wenigstens die Finanzierung für 2023 als Signal an alle Beteiligten zu beschließen, dass die Kommunalpolitik den Fortbestand des Bielefelder Modells unterstütze.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) wirbt ebenfalls für eine deutliche Unterstützung des Bielefelder Modells als das weithin bekannte Beispiel für die gute pflegerische Versorgung in Bielefeld.

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) betont die erklärte Absicht, alles zu tun, um das Bielefelder Modell zu sichern. Allerdings hätte die fraktionsinterne Absprache aufgrund der Feiertage bisher nicht erfolgen können, dieses Votum sei aber dringend nötig.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) verweist darauf, dass die Verschiebung der Beschlussfassung für die Jahre 2024 und 2025 keine Wertung des auch von seiner Fraktion für sehr wichtig erachteten Versorgungsmodells sei. Für das laufende Jahr sei ein Beschluss zur Sicherstellung der Finanzierung schon jetzt möglich. Aber angesichts der schwieriger werdenden Haushaltssituation müsste besonders gut begründet werden, warum das sozialpolitisch unterstützenswerte Bielefelder Modell mit diesen Mittel unterstützt werden müsse.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag zu der Finanzierung in diesem Jahr:

„In einem ersten Schritt werden die bis zum 31.12.2023 notwendigen Mittel für die Finanzierung einer Präsenzkraft an 10 Standorten zur Verfügung gestellt. Die Deckung der dafür benötigten Ausgaben im Jahre 2023 erfolgt aus Minderausgaben in der Produktgruppe 11.05.03.“

Vorsitzende Frau Gorsler lässt hierüber abstimmen. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

abweichenden Beschluss:

In einem ersten Schritt werden die bis zum 31.12.2023 notwendigen Mittel für die Finanzierung einer Präsenzkraft an 10 Standorten zur Verfügung gestellt. Die Deckung der dafür benötigten Ausgaben im Jahre 2023 erfolgt aus Minderausgaben in der Produktgruppe 11.05.03.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

- Die Beschlussvorlage mit der Drucksachenummer: 6119/2020-2025 wird in 1. Lesung behandelt. -

-.-.-

Zu Punkt 15 Benennung von Mitgliedern des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5890/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 07.04.2022 werden folgende Person als Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt:

<u>Name</u>	<u>Institution/Verband</u>
Herr Jens Georg Köhler (bisher: Herr Marco Nitschke)	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt -530 - Erwachsenenpsychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie
Herr Jan Gert Hein (bisher: Frau Cornelia Borgmann)	Drogenberatung e.V. Bielefeld

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es gibt nichts zu berichten.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

-.-.-

Sylvia Gorsler (Vorsitzende)

Britta Zimmermann (Schriftführung)